

Zusammentreffen von eigenen Einkünften – auch mit Hinterbliebenenversorgung nach dem Tod des Ehepartners – Besoldungsstand 01.12.2022

Es gibt wohl kaum ein Thema, zu dem es nicht so viele unterschiedliche Meinungen und Ansichten gibt, wie die Höhe einer Witwenversorgung, wenn schon eine eigene Pension oder ein eigenes Besoldungseinkommen bei aktiver Lehrertätigkeit gezahlt wird. Unkenntnis vermischt sich da leicht mit Halbwissen, da das Beamtenversorgungsgesetz (LBeamtVG NRW) nicht jedem zugänglich bzw. auch in seiner Terminologie nicht begreifbar ist.

Deshalb versucht dieser Artikel, verständliche Erläuterungen zu geben. Die vielen Zahlenbeispiele geben den Stand der Dienst- und Versorgungsbezüge mit der Besoldungserhöhung um 2,8 % vom **01. 12. 2022** (Sonderzahlung in Monatsvergütung enthalten) in den folgenden Fallgruppen wieder:

1. Erwerbseinkommen und Versorgungsbezug	(§ 66 LBeamtVG NRW)
2. Erwerbseinkommen und Witwengeld	(§ 66 LBeamtVG NRW)
3. Zuerst Pension und dann Witwengeld	(§ 67 LBeamtVG NRW)
4. Zuerst Witwengeld und dann Pension	(§ 67 LBeamtVG NRW)
5. Pension und eigene Rente	(§ 68 LBeamtVG NRW)
6. Pension und Witwenrente	(§ 68 LBeamtVG NRW)
7. Eigene Rente und Witwengeld	(§ 68 LBeamtVG NRW)

Zuerst möchte ich die Begriffe definieren, die im Weiteren verwendet werden.

Erwerbseinkommen: Einkünfte aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Tätigkeit, z. B. Besoldung bei aktiven Beamten und Vergütung bei aktiven Angestellten, Erwerb ersatz Einkommen wie Krankengeld oder Arbeitslosengeld, aber **keine** Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung oder Verpachtung

Pension: eigenes Ruhegehalt eines Beamten nach Eintritt in den Ruhestand

Rente: Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund eigener Beschäftigung

Witwengeld: Hinterbliebenen-Versorgung der Witwe eines verstorbenen Beamten

Witwenrente: Hinterbliebenenrente aus gesetzlicher Rentenversicherung des verstorbenen Ehegatten

Grundsätzliche Feststellungen:

Zu **Lebzeiten** erhält jeder der Ehepartner das ihm zustehende Erwerbseinkommen, seine Rente bzw. Pension, und zwar unabhängig von der Einkommenshöhe des Partners. Diese Aussage gilt nur für die noch nicht besteuerten Bruttobeträge. Unter steuerlichen Gesichtspunkten können sich natürlich Berücksichtigungen ergeben.

Nach dem **Tod** des Ehepartners liegt aber eine andere Sachlage vor. Nun kommt zu eigenen Einkünften Hinterbliebenenversorgung hinzu, die in der Person des Verstorbenen begründet ist und unabhängig vom Geschlecht gezahlt wird: **Witwen-/ Witwergeld bzw. Witwen-/ Witwenrente (§ 23)**. Dann gibt es Anrechnungsgrenzen und Höchstgrenzen der Gesamtversorgung, wodurch ein an sich zustehendes Witwengeld auf Null gesetzt werden kann.

Beim Tod eines Beamten ergeben sich folgende Verfahrensabläufe: Die schon für den **Sterbemonat (§ 21)** gezahlten Bezüge (auch Pensionen) werden nicht vom Konto des Verstorbenen zurückgebucht. Auf einem vom Ehepartner oder den Abkömmlingen (Verwandte oder sonstige Personen auf Antrag) dem LBV anzugebenden Konto wird in einer Summe das **Sterbegeld (§ 22)** in Höhe des Zweifachen der Dienst- oder Pensionsbezüge des Verstorbenen gezahlt. Die erhebliche Lohnsteuerzahlung kann in der Einkommensteuerklärung zu einer Steuerrückzahlung führen. Der überlebende Ehepartner behält im Sterbejahr und dem folgenden Jahr die günstige **Steuerklasse III**. Danach folgt die **Steuerklasse I**, wenn keine Kinder zu berücksichtigen sind. Die Lohnsteuerzahlungen wachsen dann erheblich an.

Mit dem Ablauf des Sterbemonats beginnt die Zahlung von **Witwengeld bzw. Waisengeld**. Die **Höhe des Witwengeldes (§ 24)** beträgt **55 % des Ruhegehalts**, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestage in den Ruhestand getreten wäre. Statt **55 %** werden **60 %** gewährt, wenn die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen wurde und mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren ist. Das **Waisengeld (§ 28)** beträgt für die **Halbwaise 12 %** und für die **Vollwaise 20 % des Ruhegehalts (§ 29)**, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre.

Der **Beihilfesatz** erhöht sich für Empfänger von Versorgungsbezügen (Pension, Witwengeld) von 50 % auf 70 %. Dadurch können sich die monatlichen Beiträge an die Krankenkasse um ca. 120 EUR ermäßigen. Ehepartner werden durch Erhalt eines Witwengeldes selbst beihilfeberechtigt. Beihilfen werden aber **nicht gewährt an Versorgungsempfänger** für die Dauer einer Beschäftigung, die zum Bezug von Beihilfen berechtigt. Für die Abwicklung der Beihilfe bei Versorgungsempfängern ist das LBV zuständig.

Ich möchte versuchen, an **sieben Fallgruppen** die wichtigsten Versorgungssituationen in einer Lehrerlaufbahn zu erläutern. In den berechneten Beispielen wird dabei von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

- Familienzuschlag Stufe 1 (Verheirateten-Zuschlag) von **152,68 EUR** ab 01.12.2022
- kein Familienzuschlag Stufe 2 und höher (Kinder-Zuschläge)
- letzte Stufe der jeweiligen Besoldungsgruppe (Stufe 12 bei A 11 bis A 16)
- vor der Pensionsberechnung wurden die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit dem Absenkungsfaktor 0,99349 multipliziert (wg. Sonderzahlung) (**nicht bei Höchstgrenzen § 66 Erwerbseinkommen**)
- keine Versorgungseinbußen wegen vorzeitiger Pensionierung
- Witwengeld von **60 %** des Ruhegehalts des Verstorbenen
- alle in den Beispielen genannten Ruhegehaltssätze sind **fiktive** Prozentsätze

- Die im Folgenden genannten und unter Fallgruppe 1. und 2. bezifferten **Höchstgrenzen** gelten nach Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsberechtigte das **65. Lebensjahr** vollendet, **nur für Verwendungseinkommen im öffentlichen Dienst – andere Einkünfte führen nicht zu einer Kürzung von Versorgungsbezügen nach der Vollendung des 65. Lebensjahres**.

In den genannten Fallgruppen **2., 3. und 4.** wird die Zahlung eines vollen **Familienzuschlags Stufe 1** (Verheirateten-Zuschlag) von **152,68 EUR** **nur** bei Berechnung der **Höchstgrenzen** angenommen. Eine Berücksichtigung eines halben bzw. ganzen Familienzuschlags Stufe 1 bei Erwerbseinkommen, Pensionen oder Witwengeldern ist bei den Fallgruppen **2., 3., 4.** entfallen. Bei den Fallgruppen **1., 6. und 7.** wurde der **volle Familienzuschlag Stufe 1** in allen Berechnungen berücksichtigt. Weitere kinderbezogene Zuschläge werden den Versorgungsbezügen und Höchstgrenzen voll hinzugerechnet. Auf deren Einbau wird hier aber verzichtet.

Der Pensions-Höchstruhegehaltssatz beträgt 71,75 % ab 01.01.2012 (vorher 75 % mit Kürzungsfaktoren).

Nach § 16 Abs. 2 LBeamtVG NRW gibt es **Abschläge vom Ruhegehalt bei vorzeitigem Ruhestand** wegen:

- Ausscheiden auf Antrag als Schwerbehinderter nach 60. Geburtstag (max. 10,8 %)
- Ausscheiden zur Antragsaltersgrenze nach 63. Geburtstag (max. 14,4 %)
- Ausscheiden wegen Dienstunfähigkeit vor 65. Geburtstag (max. 10,8 %)

Diese Abschläge werden bei den Höchstgrenzenberechnungen der §§ 67 und 68 LBeamtVG NRW mildernd berücksichtigt. In den folgenden Beispielen dieser Aufsatzes gibt es keine **Versorgungsabschläge**.

Bei Festsetzung der Höchstgrenze ist die **Endstufe der Besoldungsgruppe einschließlich des ganzen Familienzuschlags Stufe 1** anzusetzen, auch wenn der Beamte diese noch nicht erreicht hat. Sie beträgt **ab 01.12.2022** bei einem **verheirateten** Studienrat A 13 StR (Stufe 12) 5.767 € (**100 % Versorgungsbezüge**) und 4.211 € (**71,75 % Versorgungsbezüge**). **Weitere Höchstgrenzen können der folgenden Tabelle mit Stand 01.12.2022 entnommen werden.**

Bei Höchstgrenzenberechnung nach § 68 LBeamtVG NRW bleiben **Rentenanteile unberücksichtigt**, wenn sie auf einer freiwilligen Weiterversicherung, Selbstversicherung oder Höherversicherung beruhen oder durch Übertragung von Rentenanwartschaften nach einer Ehescheidung entstanden sind.

Die nächste Tabelle gibt die Endstufen verschiedener Besoldungsgruppen ab 01.12.2022 wieder. Außerdem informiert sie über die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (mit Faktor 0,99349 wegen Sonderzahlung) und die anzuwendenden Höchstgrenzen (ohne Faktor 0,99349 bei § 66 Erwerbseinkommen. Tabellenwerte teilen durch 0,99349)

- Bei A 13 StR (Studienrat) ist die Zulage in allen Berechnungen enthalten, aber bei den anderen Besoldungsgruppen nicht.

Besoldungsgruppen	A 10	A 12	A 13	A 13 StR	A 14	A 15	A 16
Grundgehalt Stufe 12 (A 10 Stufe 11)	4.186,98 €	5.092,00 €	5.652,17 €	5.652,17 €	6.251,51 €	7.050,45 €	7.846,84 €
Familienzuschlag Stufe 1 voll (Verheirateten-Zuschlag)	152,68 €	152,68 €	152,68 €	152,68 €	152,68 €	152,68 €	152,68 €
Zulage ruhegehaltfähig			229,94 €	103,20 €	229,94 €	229,94 €	
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge (100 %) ledig mit Faktor 0,99349	4.159,72 €	5.058,85 €	5.615,37 €	5.717,90 €	6.210,81 €	7.004,55 €	7.795,76 €
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge (100 %) Verheirateten-Zuschlag halb	4.235,57 €	5.134,69 €	5.691,22 €	5.793,75 €	6.286,66 €	7.080,39 €	7.871,60 €
Ruhegehaltfähige Dienstbez (100 %) Verheirateten-Zuschlag voll	4.311,41 €	5.210,54 €	5.767,06 €	5.869,59 €	6.362,50 €	7.156,24 €	7.947,44 €
maximales Ruhegehalt (71,75 %) ledig	2.984,60 €	3.629,73 €	4.029,03 €	4.102,60 €	4.456,26 €	5.025,77 €	5.593,46 €
maximales Ruhegehalt (71,75 %) Verheirateten-Zuschlag halb	3.039,02 €	3.684,14 €	4.083,45 €	4.157,01 €	4.510,68 €	5.080,18 €	5.647,87 €
maximales Ruhegehalt (71,75 %) Verheirateten-Zuschlag voll	3.093,44 €	3.738,56 €	4.137,87 €	4.211,43 €	4.565,09 €	5.134,60 €	5.702,29 €

LBeamtVG NRW

§ 66 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbseinkommen (Auszug)

(1) Bezieht eine Versorgungsempfängerin oder ein Versorgungsempfänger Erwerbs- oder Erwerbseinkommen (Absatz 5), erhält sie oder er daneben ihre oder seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamtinnen, Ruhestandsbeamte, Witwen und Witwer die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Stufe 7 der Besoldungsgruppe A 4,
2. für Waisen vierzig Prozent des Betrages, der sich nach Nummer 1 ergibt,
3. für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder nach § 33 Absatz 3 Nummer 2 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind, bis zum Ablauf des Monats, in dem sie die Regelaltersgrenze nach § 31 Absatz 1 oder 2 des Landesbeamtengesetzes erreichen, 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe von 71,75 Prozent des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Stufe 7 der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich 525 Euro.

§ 5 Absatz 1 Satz 3 und 4 findet keine Anwendung [**Faktor 0,99349**]. Die Höchstgrenze erhöht sich um den jeweils zustehenden Unterschiedsbetrag [**Kinderzuschlag**] nach § 58 Absatz 1.

(3) Der Versorgungsempfängerin oder dem Versorgungsempfänger ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 Prozent des Versorgungsbezuges zu belassen. Dies gilt nicht bei Bezug von Verwendungseinkommen aus einer den ruhegehaltfähigen Bezügen mindestens vergleichbaren Besoldungs- oder Entgeltgruppe oder sonstigem, in der Höhe vergleichbarem Verwendungseinkommen

(5) Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit, aus gewerblicher sowie aus land- und forstwirtschaftlicher Betätigung, abzüglich der Werbungskosten und Betriebsausgaben. [...] Erwerbseinkommen sind Leistungen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen [...]

(6) Nach Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsberechtigte die Regelaltersgrenze nach § 31 Absätze 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes erreicht, gelten die Absätze 1 bis 5 nur für Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Verwendungseinkommen). [...]

(10) Werden Versorgungsberechtigte im Rahmen der Mithilfe bei der Betreuung von Flüchtlingen im öffentlichen Dienst verwendet (Absatz 6 Satz 2 und 3), so gelten die hieraus bis zum Ablauf des Jahres 2018 erzielten Einkünfte nicht als Erwerbseinkommen.

(13) Werden Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst verwendet (Absatz 6 Satz 2 und 3) gelten die hieraus erzielte Einkünfte nach Ablauf des Monats, in dem

1. Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte die für sie geltende gesetzliche Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand
2. Hinterbliebene die Regelaltersgrenze nach § 31 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes erreichen,

bis zum Ablauf des Jahres 2024 nicht als Erwerbseinkommen. Ist die Hinterbliebene oder der Hinterbliebene zugleich Ruhestandsbeamtin oder Ruhestandsbeamter gilt abweichend von Satz 1 Nummer 2 der in Satz 1 Nummer 1 bezeichnete Zeitpunkt.

1. Erwerbseinkommen und Versorgungsbezug (§ 66 LBeamtVG NRW)

Ein **verheirateter** Ruhestandsbeamter (Oberstudienrat bzw. Studienrätin) hat neben seiner Pension (Versorgungsbezug) ein Erwerbseinkommen, da er an seiner alten Schule noch unterrichtet oder z. B. aus selbstständiger Tätigkeit für Veröffentlichungen Geld erhält. Das Erwerbseinkommen wird von keiner Stelle gekürzt. Die Pension wird gekürzt um den Betrag, um den das **Gesamteinkommen (Pension zusammen mit Erwerbseinkommen)** die folgende anzuwendende **Höchstgrenze** überschreitet:

Höchstgrenze 1: 100 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit vollem Verh-Zusch (ohne Faktor 0,99349) eines Oberstudienrats bei Pensionierung zur **Regelaltersgrenze mit 65 Jahren plus Anhebungsmonate** bzw. Antrags-Pensionierung nach 63. Geburtstag.

Höchstgrenze 2: 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit vollem Verh-Zusch (ohne Faktor 0,99349) einer Studienrätin **zuzüglich 525 EUR** bei Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder Antrags-Pensionierung eines **Schwerbehinderten** ab 60 Jahre.

Zeitliche Gültigkeit für beide Höchstgrenzen: Die Höchstgrenzen gelten bis zur Regelaltersgrenze mit 65 Jahren plus Anhebungsmonate. Danach gibt es keine Höchstgrenze mehr, nur bei Verwendungseinkommen im öffentlichen Dienst gilt die Höchstgrenze von 100 % weiter.

Höchstgrenze 1: 100 % (bei Verwendung im öffentlichen Dienst) der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit vollem Verh-Zusch (ohne Faktor 0,99349) eines Oberstudienrats bei Pensionierung zur **Regelaltersgrenze mit 65 Jahren plus Anhebungsmonate** bzw. Antrags-Pensionierung nach 63. Geburtstag.

1. Beispiel: Pension 4263 EUR (67 % A 14 mit Verheirateten-Zuschlag)
Höchstgrenze $6363:0,99349=6405$ EUR (100 % A 14 mit Verh-Zusch)
Erwerbseinkommen **über** $6405 - 4263 = 2142$ EUR führt zur Kürzung der Pension

Höchstgrenze 2: 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit vollem Verh-Zusch (ohne Faktor 0,99349) einer Studienrätin **bis zur Regelaltersgrenze mit 65 Jahren plus Anhebungsmonate** **zuzüglich 525 EUR** bei Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder Antrags-Pensionierung eines **Schwerbehinderten** ab 60 Jahre.

2. Beispiel: Pension 3874 EUR (66 % A 13 StR mit Verheirateten-Zuschlag)
Höchstgrenze $4211:0,99349=4239$ EUR (71,75 % A13 StR mit Verh-Zuschlag)
erweiterte Höchstgrenze: $4239 + 525$ EUR = 4764 EUR
Erwerbseinkommen **über** $4764 - 3874 = 917$ EUR führt zur Kürzung der Pension

2. Erwerbseinkommen und Witwengeld (§ 66 LBeamtVG NRW)

Eine im Dienst befindliche **verheiratete** Studienrätin (A 13 StR) erhält außer ihrer Besoldung nach dem Tod ihres Mannes (OStR A 14) Witwengeld (1. Beispiel). Das Erwerbseinkommen wird von keiner Stelle gekürzt. Das Witwengeld wird gekürzt (20 % Witwengeld verbleiben mindestens, **wenn die Besoldungsgruppe des aktiven Beamten eine Stufe unter der des Verstorbenen liegt.**) um den Betrag, um den das **Gesamteinkommen (Witwengeld zusammen mit Erwerbseinkommen)** die folgende **Höchstgrenze** überschreitet:

Höchstgrenze: 100 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit vollem Verh-Zusch des Verstorbenen (ohne Faktor 0,99349) – Höchstgrenze bis zum 65. Geburtstag, danach nur bei Verwendungseinkommen im öffentlichen Dienst

1. Beispiel (Überlebender A 13 StR – Verstorbener A 14) mit Anspruch auf gek. Witwengeld

max. Witwengeld 2626 EUR (60 % der Pens (70 %) des Verst A 14 ohne Verh-Zuschlag)
Höchstgrenze $6363:0,99349=6404$ EUR (100 % A 14 mit vollem Verheirateten-Zuschlag)
min. Witwengeld 525 EUR (20 % von 2626 EUR)

Erwerbseinkommen 5718 EUR (A 13 StR keine Teilzeit ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $6404 - 5718 = 686$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $5718 + 686 = 6404$ EUR

Erwerbseinkommen 4709 EUR (A 13 StR Teilzeit 21 Stunden ohne Verh-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $6404 - 4709 = 1695$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $4709 + 1695 = 6404$ EUR

Erwerbseinkommen 4036 EUR (A 13 StR Teilzeit 18 Stunden ohne Verh-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $6404 - 4036 = 2368$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $4036 + 2368 = 6404$ EUR

2. Beispiel (Überlebender A 14 – Verstorbener A 12) kein Anspruch auf Mindestwitwengeld

max. Witwengeld 2125 EUR (60 % der Pens (70 %) des Verst A 12 ohne Verh-Zuschlag)
Höchstgrenze $4999:0,99349=5245$ EUR (100 % A 12 mit vollem Verheirateten-Zuschlag)
min. Witwengeld 425 EUR (20 % von 2125 EUR)

Erwerbseinkommen 6211 EUR (A 14 keine Teilzeit ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $5245 - 6211 = - 966$ EUR – **kein Witwengeld**
Gesamteinkommen 6211 EUR

Erwerbseinkommen 4384 EUR (A 14 Teilzeit 18 Stunden ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $5245 - 4384 = 861$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $4384 + 861 = 5245$ EUR

3. Beispiel (Überlebender A 13 StR – Verstorbener A 13 StR) kein Anspruch auf Mindestwitwengeld

max. Witwengeld 2402 EUR (60 % der Pens (70 %) des Verst A 13 StR ohne Verh-Zus)
Höchstgrenze $5870:0,99349= 5908$ EUR (100 % A 13 StR mit vollem Verh-Zuschlag)
min. Witwengeld 480 EUR (20 % von 2402 EUR)

Erwerbseinkommen 5718 EUR (A 13 StR keine Teilzeit ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $5908 - 5718 = 190$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $5718 + 190 = 5908$ EUR

Erwerbseinkommen 4709 EUR (A 13 StR Teilzeit 21 Stunden ohne Verh-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $5908 - 4709 = 1199$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $4709 + 1199 = 5908$ EUR

Erwerbseinkommen 3812 EUR (A 13 StR Teilzeit 17 Stunden ohne Verh-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld $5908 - 3812 = 2096$ EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamteinkommen $3812 + 2096 = 5908$ EUR

3. Zuerst Pension und dann Witwengeld (§ 67 Abs. 1 Nr. 2 LBeamVG NRW)

Eine **verheiratete** pensionierte Studienrätin (A 13 StR) erhält zu ihrer Pension zusätzlich nach dem Tod ihres Mannes (A 14 OStR) ein **ungekürztes Witwengeld** (1. Beispiel). Die Pension wird gekürzt um den Betrag, um den das **Gesamteinkommen (Witwengeld zusammen mit Pension)** die folgende **Höchstgrenze** überschreitet:

Höchstgrenze: x % (gemindert um Versorgungsabschlag) aus Endstufe der
ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des Verstorbenen mit vollem Verh-
Zusch

Mindestgesamtversorgung: Pension zuzüglich 20 % Witwengeld

1. Beispiel (Überlebender A 13 StR – Verstorbener A 14)

Witwengeld 2626 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verst A 14 ohne Verh-Zuschlag) Höchstgrenze 4454 EUR (x = 70,00 % A 14 mit vollem Verheirateten-Zuschlag) Mindestgesamtversorgung 525 EUR (20 % von 2626) + Pension

Pension 3888 EUR (68 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 4454 - 2626 = 1828 EUR - **gek. Pension**
Gesamtversorgung 2626 + 1828 = 4454 EUR
Mindestgesamtversorgung 525 + 3888 = 4413 EUR

Pension 2878 EUR (50 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 4454 - 2626 = 1828 EUR - **gek. Pension**
Gesamtversorgung 2626 + 1828 = 4454 EUR
Mindestgesamtversorgung 525 + 2878 = 3403 EUR

Pension 2287 EUR (40 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 4454 - 2626 = 1828 EUR - **gek. Pension**
Gesamtversorgung 2626 + 1828 = 4454 EUR
Mindestgesamtversorgung 525 + 2287 = 2812 EUR

2. Beispiel (Überlebender A 14 – Verstorbener A 12)

Witwengeld 2125 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verstorbenen A 12 ohne Verh-Zu) Höchstgrenze 3648 EUR (x = 70,00 % A 12 mit vollem Verheirateten-Zuschlag) Mindestgesamtversorgung 425 EUR (20 % von 2125) + Pension
--

Pension 4286 EUR (69 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 3648 - 2125 = 1523 EUR
Gesamtversorgung 2125 + 1523 = 3648 EUR
Mindestgesamtversorgung 425 + 4268 = 4693 EUR - 20 % Witwengeld

Pension 2484 EUR (40 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 3648 - 2125 = 1523 EUR
Gesamtversorgung 2125 + 1523 = 3648 EUR - gek. Pension
Mindestgesamtversorgung 425 + 2484 = 2909 EUR

3. Beispiel (Überlebender A 14 – Verstorbener A 14)

Witwengeld 2534 EUR (60 % der Pension (68 %) des Verstorbenen A 14 ohne Verh-Zu) Höchstgrenze 4327 EUR (x = 68,00 % A 14 mit vollem Verheirateten-Zuschlag) Mindestgesamtversorgung 507 EUR (20 % von 2534) + Pension
--

Pension 3727 EUR (60 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürzte Pension 4327 - 2534 = 1793 EUR
Gesamtversorgung 2534 + 1793 = 4327 EUR - gek. Pension
Mindestgesamtversorgung 507 + 3727 = 4234 EUR

4. Zuerst Witwengeld und dann Pension (§ 67 Abs. 1 Nr. 3 LBeamtVG NRW)

Eine **verheiratete** Studienrätin (A 13 StR) bezieht nach dem Tod ihres Mannes (A 14) Witwengeld (1. Beispiel). Dazu kommt nach Eintritt in den Ruhestand **ungekürzt die eigene Pension**. Das Witwengeld wird gekürzt (20 % Witwengeld verbleiben mindestens) um den Betrag, um den das **Gesamteinkommen (Witwengeld zusammen mit Pension)** die folgende **Höchstgrenze** überschreitet:

Höchstgrenze: 71,75 % (gemindert um Versorgungsabschlag) aus Endstufe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des Verstorbenen mit vollem Verh-Zusch

1. Beispiel (Überlebender A 13 StR – Verstorbener A 14)

max. Witwengeld 2626 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verst A 14 ohne Verh-Zusch) min. Witwengeld 525 EUR (20 % von 2626 EUR) Höchstgrenze 4565 EUR (71,75 % A 14 mit vollem Verheirateten-Zuschlag)
--

Pension 3888 EUR (68 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 4565 - 3888 = 677 EUR - - **gek. Witwengeld**
Gesamtversorgung 3888 + 677 = 4565 EUR -

Pension 2878 EUR (50 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 4565 - 2878 = 1687 EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamtversorgung 2878 + 1687 = 4565 EUR

Pension 2484 EUR (40 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 4565 - 2484 = 2081 EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamtversorgung 2484 + 2081 = 4565 EUR

2. Beispiel (Überlebender A 14 – Verstorbener A 12)

max. Witwengeld 2125 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verst A 12 ohne Verh-Zu) min. Witwengeld 425 EUR (20 % von 2125 EUR) Höchstgrenze 3739 EUR (71,75 % A 12 mit vollem Verheirateten-Zuschlag)

Pension 4286 EUR (69 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 3739 - 4286 = - 547 EUR – **mindestens 425 EUR**
Gesamtversorgung 4286 + 425 = 4711 EUR

Pension 3691 EUR (58 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 3739 - 3691 = 48 EUR – **mindestens 425 EUR**
Gesamtversorgung 3691 + 425 = 4116 EUR

Pension 2484 EUR (40 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 3739 - 2484 = 1255 EUR - **gek. Witwengeld**
Gesamtversorgung 2484 + 1255 = 3739 EUR

3. Beispiel (Überlebender A 14 – Verstorbener A 14)

max. Witwengeld 2609 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verst A 14 ohne Verh-Zu) min. Witwengeld 522 EUR (20 % von 2609 EUR) Höchstgrenze 4565 EUR (71,75 % A 14 mit vollem Verheirateten-Zuschlag)

Pension 4314 EUR (69 % A 14 ohne Verheirateten-Zuschlag)
gekürztes Witwengeld 4565 - 4314 = 251 EUR – **mindestens 522 EUR**
Gesamtversorgung 4314 + 522 = 4836 EUR

5. Pension und eigene Rente (§ 68 Abs. 1 und 2 LBeamtVG NRW)

Eine **ledige** pensionierte Studienrätin (A 13 StR) erhält außer ihrer Pension mit 65 Jahren noch eine Rente aus einer schulfremden Tätigkeit vor ihrem Lehrstudium. Der Rentenversicherungsträger zahlt die Rente ungekürzt aus. Die Pension wird gekürzt um den Betrag, um den das **Gesamteinkommen (Pension zusammen mit Rente)** die unten genannte **Höchstgrenze (meistens 71,75 % wegen fiktiver ruhegehaltfähiger Dienstzeit (Abs. 2))** überschreitet. Dabei bleiben **Rentenanteile unberücksichtigt**, wenn sie auf einer freiwilligen Weiterversicherung, Selbstversicherung oder Höherversicherung (Abs. 5) beruhen oder durch Übertragung von Rentenanwartschaften nach einer Ehescheidung (Abs. 1) entstanden sind.

Höchstgrenze: 71,75 % (gemindert um Versorgungsabschlag) der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit fiktiver ruhegehaltfähiger Dienstzeit

Beispiel (Pension A 13 StR– eigene Rente)

Rente 270 EUR

Höchstgrenze 4103 EUR (71,75 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)

Pension 3971 EUR (69 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)

kürzungsfreier Anteil Pension 4103 - 3971 = 132 EUR

Kürzungsbetrag Pension 270 – 132 = 138 EUR

Gekürzte Pension 3971 – 138 = 3833 EUR

Gesamtversorgung 3833 + 270 = 4103 EUR

Pension 2878 EUR (50 % A 13 StR ohne Verheirateten-Zuschlag)

kürzungsfreier Anteil Pension 4103 - 2878 = 1225 EUR

Kürzungsbetrag Pension 270 – 1225 = - 955 EUR – **keine Pensionskürzung**

Gesamtversorgung 2878 + 270 = 3148 EUR

6. Pension und Witwenrente (§ 68 Abs. 3 Nummer 1 LBeamtVG NRW)

Eine **verheiratete** pensionierte Studienrätin erhält außer ihrer Pension (60 % A 13 StRn mit vollem Verheirateten-Zuschlag = 3.545 EUR noch eine Hinterbliebenenrente aus gesetzlicher Rentenversicherung des verstorbenen Ehegatten. Der Rentenversicherungsträger z. B. die Deutsche Rentenversicherung berücksichtigt in erheblichem Umfang die Einkünfte der Witwe bei der Festsetzung der Witwenrente. **Ein Beispiel:** Im Sterbemonat bezog der Verstorbene bereits eine angenommenen Rente von **2.000 EUR**. Seine Witwe erhält als Witwenrente für die auf den Sterbemonat folgenden 3 Monate (Sterbevierteljahr) die Rente des Verstorbenen in Höhe von **3 x 2.000 = 6.000 EUR** auf Antrag als Vorschuss. Nach dem Sterbevierteljahr erhält die Witwe wegen der Einkommensanrechnung nur noch die gekürzte große Witwenrente von **671 EUR**. Bei der Pensionshöhe von Lehrern kommt es dadurch oft zu einer erheblichen Witwenrenten-Kürzung. Die Pension wird wegen der Zahlung von Witwenrente als Hinterbliebenenrente **nicht gekürzt (§ 68 Abs. 3 Nummer 1)** und in alter Höhe weitergezahlt.

Gesamtversorgung 3.545 + 671 = 4.216 EUR

7. Eigene Rente und Witwengeld (§ 68 Abs. 3 Nummer 2 LBeamtVG NRW)

Die Ehefrau eines verstorbenen Studienrats (A 13 StR) erhält eine eigene Rente von der Deutschen Rentenversicherung in Höhe von 900 EUR. Nach dem Tod ihres Mannes erhält sie als Witwengeld 2.465 EUR (60 % der Pension (70 %) des Verstorbenen A 13 StR mit Verheirateten-Zuschlag). Außerdem ist sie als **Empfänger von Versorgungsbezügen** (Witwe, Waise) **selber beihilfeberechtigt** mit einem Bemessungssatz von 70 % ohne Berücksichtigung der Einkünfte (keine 20.000 EUR Grenze mehr). Der Rententräger zahlt die eigene Rente ungekürzt aus. Auch das Witwengeld bleibt ungekürzt, da es sich um die Zahlung einer eigenen Rente (§ 68 Abs. 3 Nummer 2) handelt:

Gesamtversorgung 2.465 + 900 = 3.365 EUR

Konsequenz aus der komplizierten Gesetzgebung:

Kürzungen von Versorgungsansprüchen durch die Anwendung von Höchstgrenzen lassen sich lediglich bei Fallgruppe 2 (Erwerbseinkommen und Witwengeld) vermeiden bzw. abmildern:

Wer durch aktive Lehrertätigkeit Erwerbseinkommen erzielt, sollte nach Erhalt von Witwengeld seine Pflichtstundenzahl durch einen entsprechenden Teilzeitantrag (kein Sonderantragsrecht nach Tod des Ehepartners) zum Jahresende ab Beginn des nächsten Schuljahres reduzieren. Die Verminderung der Besoldungsbezüge kann bei gründlicher Kalkulation ganz durch eine Erhöhung der Witwenversorgung ausgeglichen werden (bei niedrigerer Besoldungsgruppe des Verstorbenen allerdings nur zum Teil). Dabei sollen Ihnen die drei unter der Fallgruppe 2. angeführten Beispiele helfen.